

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 1

Artikel: Wer die Medien hat, hat auch die Macht! : Rede am SP-Parteitag 1980
Autor: Brodmann, Roman
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339680>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer die Medien hat, hat auch die Macht!

Rede am SP-Parteitag 1980

**Meine Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,
Liebe Freunde,**

Es ist wohl keine Übertreibung, wenn ich sage, dass das zu Ende gehende Jahr als das Jahr der medienpolitischen Skandale in die Chronik unseres Landes eingehen wird – es sei denn, das nächste Jahr würde noch schlimmer, und das ist beim augenblicklichen Stand der Dinge leider nicht auszuschliessen. Niemals zuvor in der Geschichte unseres Bundesstaates haben im Bereich der öffentlichen Kommunikation wirtschaftlich Privilegierte mit ähnlicher Unverschämtheit und Brutalität ihre Macht demonstriert, wie in unseren Tagen. Ich will jetzt nicht mit der Aufzählung von Einzelheiten Zeit vergeuden. Sie haben als politisch wache und kritische Menschen alles wahrgenommen und eingeordnet: Cinceras erfolgreiche Hexenjägeri, abgesägte Chefredaktoren, Inseratenboykotte, zunehmende Repression bei den öffentlichen Medien, abgesetzte Sendungen, Entlassungen beim Fernsehen und so weiter. Das alles ist bekannt und besprochen, aber ich möchte Ihnen aus meiner praktischen Erfahrung und Beobachtung sagen, dass mit all diesen

Ereignissen, die in den letzten Monaten Tagesgespräche wurden, nur die Spitze des sprichwörtlichen Eisbergs sichtbar geworden ist. Es wäre verantwortungslos naiv, wenn wir uns auf das verharmlosende Gerede sogenannter Firmensprecher und Verlagsrepräsentanten einlassen wollten, die bei ihrer feingebügelt Selbstdarstellung so absolut und ausschliesslich das Interesse ihrer Leserschaft im feuchten Auge haben, dass man ihnen die Frage nach Gewinnen und Dividenden kaum mehr zu stellen wagt.

Wir haben es bei den Vorgängen in Luzern, Frauenfeld, Zürich und was weiss ich wo sonst noch, nicht mit Betriebsunfällen zu tun, sondern mit Symptomen, die für unser ganzes Mediensystem repräsentativ sind. Man redet von den Redaktionen, in denen es gekracht hat, man redet nicht von den Redaktionen, in denen die Angst als täglicher Partner der Journalisten zwischen den Schreibtischen sitzt, die Angst vor der kapitalistischen Inquisition, die immer offener erkennen lässt, dass sie keine Form von gesellschaftskritischem Journalismus mehr hinnehmen will, vor allem dort nicht, wo sie ihr eigenes Machtfeld in aller Selbstverständlichkeit bean-

sprucht: bei Radio und Fernsehen, bei der sogenannten bürgerlichen Presse und bei allen Formen geringschönenden Zeitvertreibs, die auf Papier möglich sind. Das Prinzip ist lange bekannt, die Methoden seiner Anwendung sind rüder geworden. Vor fünf oder zehn Jahren beschränkte sich das professionelle Vergnügen der Subversivenjäger noch darauf, linke Journalisten mit Einzelfeuer aus Zeitungen und Zeitschriften herauszuschliessen, ich kann das aus eigener Erfahrung beschreiben, man arbeitete da noch mit Schalldämpfern, man war sogar da und dort noch bemüht, die Spuren der Exekution zu verwischen. Jetzt sind wir schon so weit, dass ein Chefredaktor, der Mitglied der freisinnigen Partei ist, über die Klinge springen muss, wenn er seine gelegentlich kritisch schreibenden Mitarbeiter nicht schnell genug dem Druck von Erpressern opfert. Die Jagd ist offen, es gibt keine Schonung mehr, wir haben die Aussicht, als relativ zeitungreichstes Land der Welt noch für eine andere Spezialität repräsentativ zu werden: als das demokratische Land, in dem denkende Journalisten vor der Alternative stehen, sich das Rückgrat verbiegen, wenn nicht brechen zu lassen oder in die Wüste geschickt zu werden. Ich habe nicht die Absicht, mich bei den traurigen Aspekten dieser Entwicklung allzu lange aufzuhalten.

Bei aller Solidarität mit den Opfern finde ich es auch gut, dass wir mit diesen lauten Vorgängen einer offenen Beschreibung der herrschenden



Roman Brodmann
am Parteitag in Genf
Photo Niklaus Baltzer

Verhältnisse ein Stück näher gekommen sind. Bis dahin hatte unsere nationale Sonntagsschule noch ein fast ungestörtes Leben, bis dahin konnte man unsern Kindern und redlich naiven Bürgern erzählen von der gewährleisteten Meinungsfreiheit und von der demokratischen Vieltätigkeit unserer Medien. Ich denke, am Ende dieses Jahres sollte es auch dem letzten Dorftrottel aufgegangen sein, was in unserer Medienlandschaft tatsächlich los ist: dass hier Schnüffler, Denunzianten und Herrenmenschen vorführen, wie man auch ohne vulgäre Kolonnen einer faschistischen Organisation die Gleichschaltung der Medien betreiben kann, allein mit der Macht der wirtschaftlichen Überlegenheit. Dabei begnügt man sich (das ist bemerkenswert) konsequenterweise mit der Liquidation. Man legt es nicht auf die Indoktrination mit einer bestimmten Denkweise an, es genügt ja vollauf, wenn nichts gedacht wird. Also werden Radio, Fernsehen und Presse als publikumsfreundliche

Dienstleistungsbetriebe präpariert, zum Segen des arbeitenden Volkes, das sich in seiner wohlverdienten Freizeit keinen Kopf mehr über Vorrechte und Benachteiligungen zerbrechen muss. Herr Oswald, der für die Ringiers denkt und handelt, kann doch in seinen Druckprodukten keine Katecheten des Kapitalismus brauchen, die könnten ja möglicherweise ihre Leser ins Sinnieren bringen. Wer die Macht hat, will nichts in Bewegung setzen, vor allem nicht in den Köpfen derer, die diese Macht als Vergnügen zu konsumieren haben. Brot und Spiele, Sex und Krimi, Blut und Aberglauben, Horoskop und Klatsch, Gelbes Heftli und Blick, Schund und Qualm, alles mit dem Stallgeruch scheinbarer Bodenständigkeit – das Doppelgeschäft ist perfekt, der Kreislauf gesichert: die Konsumenten geben ihr Geld dafür aus, dass sie das Nachdenken über die Gründe verlernen, warum sie es ausgegeben haben. Aber in der Verfassung heisst es, dass die Pressefreiheit gewährleistet sei, und das ist ja wohl die Hauptsache.

Genossinnen und Genossen, Sie haben sich für Ihren Parteitag das Thema Medienpolitik vorgenommen. Ich möchte Sie bitten, diesen Stoff nicht einfach als Traktandum soundsoviel zu betrachten und ihm eine Beiläufigkeit zu geben, mit der er als Feld für sich zu bearbeiten wäre. Die Medienpolitik ist meines Erachtens nicht etwas, dessen man sich «auch noch» anzunehmen hat, mit mehr oder weniger Engagement. Es geht

hier um nicht weniger als die Demokratie schlechthin. Wer die Medien hat, hat die Macht, und nur diese Mächtigen bestimmen über unser gesellschaftliches Leben. Das ist ein alter Hut, ich gebe es zu, möchte aber eine nochmalige Betrachtung des alten Huts empfehlen, um den Blick für Variationen der neuen Hutmode zu schärfen. Die bürgerliche Schweiz mit ihrem kapitalistischen Selbstverständnis und ihrer revolutionären Embryonalerfahrung hat seit Jahrzehnten und fast schon traditionell das praktiziert, was die achtundsechziger Studenten als repressive Toleranz bezeichneten: Freiräume, die man sich leisten kann. Und in diesen Nischen, in denen man sich nonkonformistische Querschläger als jederzeit vorzeigbare Demokratiebeweise hielt, wird jetzt aufgeräumt. Dabei ermuntert das internationale Klima zu resoluteren Ansprüchen, es riecht nach unverblümter Konfrontation, die Reagenzzeit wirft ihre Schatten voraus, verschärfte Verhältnisse machen Feigenblätter überflüssig, jetzt kommt man zur Sache mit dem eisernen Besen. Was ich daran erschreckend finde, ist nicht der Vorgang als solcher, sondern die Gleichgültigkeit, mit der er hingenommen wird. Schweizer Szene 1980: ein Tagesschau-Redaktor des Schweizer Fernsehens, der sich als Exponent des Syndikats Schweizerischer Medienschaffender in jenem Haus naturgemäss unbeliebt gemacht hat, wird fristlos entlassen wegen einiger unbedachter Worte über einen Vorgesetzten, wegen unbedachter

Worte notabene, die ihm «Blick»-Leute mit der ihnen geläufigen Technik abgegluckst haben. Also: ein qualifizierter Journalist wird bei willkommenem Anlass für seine gewerkschaftliche Aktivität und seine politische Gesinnung bestraft. Geht ein Schrei durchs Land? Kein Schrei, nicht einmal ein Seufzer. Jeder hat ja schliesslich seine eigenen Probleme.

Schweizer Szene 1980: Ein Warenhauskonzern gibt offen zu, dass er durch Inseratenentzug eine Zeitung dafür bestraft, dass ihre Redaktion sich nicht der bürgerlichen Volksverhetzung gegen eine Minderheit angeschlossen hat – was geschieht? Ermittelt ein Staatsanwalt wegen Nötigung? Formiert sich die Presse des Landes bei dieser Bedrohung ihrer Substanz zum Gegenboykott? Wird der Globus von irgendeiner Instanz, bei der unser Demokratieverständnis aufgehoben sein könnte, entsprechend gerüfelt? Streiken die Konsumenten? Nichts von alledem. Die einzige öffentlich sichtbare Reaktion besteht darin, dass der «Tages-Anzeiger» seinen guten Willen zum gesellschaftspolitischen Wohlergehen beteuert, öffentlich seine «Fehler» bedauert und gewisse Mitarbeiter sparsamer beschäftigt, um sich nicht einem neuen Unwillen der Geldsäcke auszusetzen. Und dann hört man sich noch ohne grossen Widerspruch die zynischen Sprüche des Reklame-Grossmoguls Farner an, der mit Werbung für Coca-Cola und die Schweizer Armee fett geworden ist und den Inseratenboykott gegen

redaktionelle Inhalte als Teil der Pressefreiheit begreift. Der liberale deutsche Journalist Paul Sethe hat als Fazit seines Berufslebens bekanntlich festgestellt, Pressefreiheit sei die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung verbreiten zu lassen. Bei uns ist da ein Prozess der Konzentration im Gang: irgendwann werden Inhalte und Verantwortlichkeiten für die Presse gar nicht mehr in den Verlagen bestimmt, sondern in den PR-Abteilungen der Grossinserenten. Das ist dann der Endpunkt einer Entwicklung, die sich seit Jahrzehnten bemerkbar machte. Die Bereitwilligkeit so vieler Redaktionen, sich in ihrem Textteil für die Reklame zu prostituieren, hat natürlich auch das Machtbewusstsein der Inserenten gefördert. Jetzt gehen sie aufs Ganze, und kaum jemand regt sich auf. Was ist los mit dem Schweizer Volk?

Ich beobachte diese Vorgänge zum Teil aus der Distanz meines deutschen Exils und stelle im einen und andern Fall mit Bitterkeit fest: hier würde wenigstens ein Teil der deutschen Öffentlichkeit anders reagieren, obschon sich die Machtverhältnisse von den unsern kaum unterscheiden. Da schliesst sich die Frage an, ob man vielleicht das Demokratiegefühl verlernt, wenn man es zu lange als Selbstverständlichkeit begriffen hat, wenn es in der Routine schal geworden ist. Und dann steht natürlich gleich der Doktor Faust neben mir und sagt: «Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!» Und wenn Goe-

the hier zu präventiv ist, kann man es auch banaler haben: das Verhältnis zur Demokratie gleicht in diesem Land einer abgelebten Ehe der lustlosen Pflichtübungen bis zur resignativen Impotenz. Eine müde Minderheit tut noch so, als ob, gerade noch so viel oder so wenig, dass die Nachbarn nicht das Schlimmste behaupten können, und das einzige Interesse, das man an der Sache noch hat, kommt hoch, wenn man fremd geht: wenn die streikenden polnischen Arbeiter Zugang zu den öffentlichen Medien fordern, oh ja, da spürt man im Herbst noch den Frühling, aber die Demontage unserer Reste von Medienfreiheit reisst keinen mehr aus dem Bett – und schon gar nicht hinein. Letzte Hoffnung: eine Frischzellentherapie – aber wie?

Genossinnen und Genossen, Ich will hier nicht einen Zweckoptimismus verbreiten, mit dem wir uns in die eigene Tasche lügen können, aber ich denke, dass wir in diesem Augenblick die Chance eines politischen Wiederbelebungsversuchs wahrnehmen sollten, indem wir die Herausforderung von der anderen Seite des Bachs annehmen, und niemand scheint mir hier für die Rolle des Reanimators besser geeignet als eine grosse politische Partei, die bereit ist, sich bei ihrer historischen Verwurzelung im Sozialismus und in der Demokratie behaften zu lassen, also Ihre Partei. Und ich denke, es ist nicht der Augenblick, von Pragmatismus, Konzilianz und Konkordanz zu sprechen, wenn die Salonfaschisten auf

den Cheftagen erklärtermassen beschlossen haben, den noch vorhandenen Rudimenten unserer Medienfreiheit den Garaus zu machen. Ich weiss nicht, wann Sie zum letzten Mal die «Internationale» gesungen haben, aber eines steht fest: die Parole «auf zum letzten Gefecht» hat jetzt Herr Cincera angestimmt, und ich meine, dass die Sozialdemokratische Partei frei von allen Rücksichten auf hohe und höchste Ämter auf diese Provokation kämpferisch reagieren muss. Es sollte jetzt die Unruhe gestiftet werden, die unseren weniger privilegierten Landsleuten bewusst macht, dass sie mit ihren Sparbüchlein noch nicht die Schlüssel zur ewigen Freiheit in der Hand haben, sondern dass sie im Gegenteil im Begriff sind, korrumpiert von einem relativen materiellen Wohlstand ihre wichtigsten Freiheiten zu vergessen und damit zu verlieren, zum Beispiel die Freiheit der Medienschaffenden, die den Anspruch aller auf Information zu erfüllen haben, um das Leben einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Ich vermute als Ergebnis dieses Parteitags eine Resolution zur Medienpolitik im Licht der jüngsten Ereignisse. Könnte es anstelle einer Resolution unter tausend Resolutionen nicht ein Aufruf an das Schweizer Volk sein, ein Alarmruf, der die Wohlstandsschläfer weckt und die Selbstgerechten energisch in den Hintern tritt. Starke Worte, denken Sie vielleicht, und andere werden mir Panikmacherei unterstellen. Panikmacherei?

Eidgenossinnen und Eidgenossen,

Vor einigen Wochen versammelten sich Spitzenvertreter des internationalen Journalistenverbandes in Norwegen, um der Weltöffentlichkeit unter anderem ihre Besorgnis mitzuteilen über das, was bei den Schweizer Medien im Gange ist. Und aus der neuesten Nummer der renommierten Hamburger Wochenzeitung «Die Zeit» möchte ich Ihnen zwei Sätze vorlesen: «Der Druck der wirtschaftlich Mächtigen nimmt zu, die schweizerische Zeitungslandschaft verödet... Die Schweiz hatte einmal viele gute Zeitungen, wird man bald sagen.» Soll man nicht panisch werden, wenn das Entsetzen des Auslands über die Entwicklung unserer Demokratie unserer eigenes Entsetzen übertrifft? Panik wäre ein Lebenszeichen, also mehr Grund zur Hoffnung als die stumpfe Teilnahmslosigkeit, mit der wird die Pressefreiheit zur Freiheit der Inserenten verkommen lassen und zuschauen, wie reaktionäre Pressure Groups den Programmschaffenden in den öffentlich-rechtlichen Medien das Zittern beibringen. Seit Jahren lässt der sogenannte Hofer-Club keine Gelegenheit aus, jeden Ansatz einer gesellschaftskritischen Meinungsbildung im Fernsehen mit dem Vorwurf der Konzessionsverletzung unter sein Feuer zu nehmen. Solche Beharrlichkeit schlägt sich nieder. Wenn man oft genug behauptet, das Fernsehen sei «von links unterwandert» (was natürlich mit Moskauhörigkeit gleichzusetzen ist), dann glauben das zum Schluss

auch noch überzeugte Demokraten. Und wo ist die Gegenkraft, die fast tagtäglich Grund hätte, sich bemerkbar zu machen? Wo ist der Anti-Hofer-Club, der die schamlos manipulierenden Hofberichterstattungen des Fernsehens aufs Korn nimmt? In Stuttgart sah ich vor einigen Wochen, dank der beträchtlichen Reichweite des Senders Sântis, einen Rückblick auf die Geschichte der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, und ich traute meinen eigenen Augen und Ohren kaum bei der Kühnheit, mit der da Geschichte gefälscht wurde. Da hörte man vom Generalstreik von 1918, dann sah man Truppenaufgebote, dann war der Streik beendet. Kein Wort davon, dass Schweizer Soldaten auf Befehl und mit dem Segen der Regierung auf Schweizer Arbeiter schossen. Warum nimmt man so etwas hin? Warum nimmt man es hin, dass fast alle Schlüsselpositionen in den elektronischen Programmbereichen mit NZZ-hörigen Bildungsbürgern besetzt werden und dass die gleichen Bildungsbürger, wenn sie um einen Alibi-Linken für die Proporzfassade nicht herumkommen, sich den am meisten Angepassten aussuchen, der aus lauter Dankbarkeit für seinen Schreibtisch schon mit dem Kopfnicken beginnt, bevor man es von ihm erwartet? In verschiedenen Schweizer Städten steikten vor Wochen Setzer und Drucker für bessere Arbeitsbedingungen. Schön und gut. Ist es undenkbar, dass die gleichen Setzer und Drucker sich auch einmal solidarisch mit den Journali-

sten für Grundrechte stark machen? So etwas sei im Streikrecht nicht vorgesehen, liess ich mir sagen. Das ist klar: mit dem Legalitätsprinzip lässt sich vieles rechtfertigen, zuletzt auch die Preisgabe der demokratischen Grundsubstanz.

Genossinnen und Genossen, Ich habe die Thesen zur Medienpolitik, die Ihre Geschäftsleitung gemeinsam mit dem Parteivorstand erarbeitet hat, sorgfältig gelesen. Es gibt da kaum einen Satz, den ich nicht auch unterschreiben könnte, aber ich müsste beim Unterschreiben mit einem Gefühl bitterer Ironie fertig werden, denn dieses Medienkonzept erscheint mir vor dem Hintergrund der aktuellen helvetischen Wirklichkeit wie eine Gralserzählung. Nichts gegen Utopien, solange sie sich nicht von vorneherein als Illusionen erkennen lassen. Die Verfasser dieses Papiers gehen aus von intakten demokratischen Verhältnissen, dank derer sich die Medienfreiheit verwirklichen liesse. Aber wir leben nicht in demokratischen Verhältnissen, sondern – wie es sich in diesen Tagen eindrucksvoller denn je zeigt – in der Abhängigkeit von Oligarchen, die entschlossen sind, von der politischen Ignoranz, zu der sie die Bevölkerungsmehrheit manipuliert haben, skrupellos Gebrauch zu machen. Wir leben im Salzwasser des Kapitalismus, und wir machen das Wasser nicht süss, indem wir darauf bestehen, Forellen zu sein.

Was also tun, wenn die Umwälzung mangels Masse nicht

möglich ist? Es gibt da wohl nur den beschwerlichen Weg nach Spielregeln, die andere uns vorgeschrieben haben, und zu diesen Spielregeln gehört unter anderem die Tatsache, dass die Lebensfähigkeit der Presse dem marktwirtschaftlichen Prinzip unterworfen ist. Das Kapital küsst also wieder einmal das Kapital. Und dennoch frage ich mich seit Jahren, warum es in diesem Land nicht wenigstens eine grosse, potente, alternative linke Zeitung gibt, die so gut und so wichtig ist, dass selbst das bürgerliche Publikum es sich nicht leisten kann, sie nicht gelesen zu haben. Natürlich braucht man für so etwas Kapital, und das Kapital steht rechts, aber der Geist, der auch Betriebskapital sein kann, steht links. Ich kenne in diesem Land kaum einen Schriftsteller, kaum einen ausgezeichneten Journalisten, der für eine gute linke Zeitung nicht zu haben wäre – wohlverstanden: für ein professionell gemachtes Blatt, das nicht von Anfang an mit der Hypothek belastet ist, die Unermüdlichkeit redlicher Seelen mit Redaktionsstühlen honorieren zu müssen. Ich habe mit einiger Bewunderung die verschiedenen Versuche junger Leute beobachtet, sozusagen mit zusammengekratzten Taschengeldern eine Art Alternativpresse auf die Beine zu bringen, ich habe sie auch mit Beiträgen unterstützt, soweit es meine Zeit erlaubte. Aber realistisch gesehen erfüllen diese Produkte drei Funktionen: sie befriedigen das Mitteilungsbedürfnis ihrer Herausgeber und Mitarbeiter, sie rennen bei

Man legt es nicht auf die Indoktrination mit einer bestimmten Denkweise an, es genügt ja vollauf, wenn nichts gedacht wird.

Gleichgesinnten offene Türen ein und sie liefern einen Scheinbeweis für die angeblich funktionierende Pressefreiheit. Das könnte sich ändern, wenn es gelänge, die verzettelten Kräfte zu sammeln und aus vielen kleinen rührenden Anstrengungen eine grosse zu machen. Dazu gehörte natürlich eine grosse integrierende Kraft, und ich möchte diese Integrationskraft Ihrer Partei zutrauen, vorausgesetzt, es wäre auch die nötige Toleranz dabei, mit der sich die Linke immer so schwer tut, wenn es darauf ankommt, gegen die Rechte bündnisfähig zu werden. Ich begreife Ihren Vorsatz, «die eigene Presse zu fördern und deren Existenz im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch langfristig zu sichern». Aber ich bitte Sie, Ihre medienpolitische Rolle als demokratische Partei möglichst weiträumig zu begreifen, das heisst: überall Wirksamkeit zu versuchen, wo in den Medien demokratischer Widerstand erkennbar ist und Hilfe braucht. Ich bin da zuversichtlich. Ich weiss, dass in Ihren Reihen ein Freiheitsbegriff gewachsen ist, der sich nicht allein im parteigebundenen Selbstverständnis erschöpft. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, dass Sie mich als Parteilos zu dieser Rede eingeladen und mir zugehört haben. Ich habe Ihnen dafür zu danken.